

Wahlen zwischen Armee, Allah und Amerika

Thomas Berger (Tabellen und Diagramme: Jürgen Clemens)

Die Parlamentswahlen vom 10. Oktober, die ersten nach dreijähriger Militärrherrschaft, haben keinen großen Sieg für die Demokratie gebracht. Eher träge verliefen Vorbereitung und Durchführung des Ereignisses. Die einzige echte Überraschung war das gute Abschneiden des religiösen Lagers.

Langsam, geradezu unendlich langsam trudelten die ersten Zwischenergebnisse ein. „Islamisten in Führung“, meldeten die Nachrichtenkanäle und Agenturen. Und tatsächlich, bis zur Mitte des 11. Oktober lag die religiöse Sechs-Parteien-Allianz Muttahida Majlis-e-Amal (=Vereinigtes Aktionsbündnis - MMA) tatsächlich vor all ihren Konkurrenten. Dann die Wendung. Nun war die MMA auf Platz zwei zurückgefallen, lag knapp hinter der regimetreuen Pakistan Muslim League - Qaid-e-Azam (PML-QA) und noch deutlich vor der Pakistan Peoples Party Parliamentarians (PPPP), die sich im Vorfeld doch einen so deutlichen Durchmarsch ausgerechnet hatte. Am Ende des Tages war dann klar: Pakistan wird zwar

nicht in die Hand von fundamentalistischen Eiferern fallen. Aber einen beachtlichen dritten Platz im politischen Spektrum hat sich die religiöse Allianz gesichert - mit 45 Direktmandaten, 14 Mandaten aus dem für Frauen und Minderheiten reservierten Parlamentarierpool sowie einen Zugang durch einen parteilosen Abgeordneten kommt die MMA auf 60 Sitze in der neuen Nationalversammlung mit insgesamt 342 Abgeordneten. Der Erfolg der auch als „King's Party“ verspotteten PML-QA blieb mit 78 Direktmandaten und 117 Sitzen insgesamt deutlich unter den Erwartungen. Auch Benazir Bhuttos PPPP verfehlte zwar mit 62 direkt gewonnenen Sitzen (80 insgesamt) die Beobachterprognosen, erreich-

te aber im Vergleich zum katastrophalen Abschneiden von 1997 als nun zweitstärkste politische Kraft zumindest einen Achtungserfolg. Noch schlimmer erwischte es die Pakistan Muslim League von Expremier Nawaz Sharif (PML-N), die im neuen Parlament mit 19 Abgeordneten auf die Stärke einer Splittergruppe zu rechtgestutzt wurde (zum Vergleich: Im 1997 gewählten Parlament besaß die PML-N noch eine Zweidrittelmehrheit; Anm. d. Red.). Die Awami National Party (ANP) - traditionell eigentlich viertstärkste Kraft im Land - muß sogar den Gang in die außerparlamentarische Opposition antreten, da sie für die Nationalversammlung keinen einzigen Sitz gewinnen konnte.

Tabelle 1: *National Assembly*

Verteilung der Mandate nach direkt gewonnenen sowie später zugefallenen Mandaten

Parteien		Mandate				Summe	
		Direkt gewonnen	Zugefallen, von			absolut	In Prozent
			Unabhängigen	Frauen	Minderheiten		
<i>Pakistan Muslim League (Quaid-e-Azam)</i>	<i>PML-QA</i>	78	13	22	4	117	34,3
<i>Pakistan Peoples Party Parliamentarians</i>	<i>PPPP</i>	62	1	15	2	80	23,5
<i>Muttahida-Majlis-e-Amal</i>	<i>MMA</i>	45	1	12	2	60	17,6
<i>Pakistan Muslim League (Nawaz)</i>	<i>PML-N</i>	15	0	3	1	19	5,6
<i>Muttahida Qaumi Movement</i>	<i>MQM</i>	13	0	3	1	17	5,0
<i>National Alliance</i>	<i>NA</i>	13	0	3	0	16	4,7
<i>Unabhängige (Independents)</i>		30	0	0	0	15	4,4
<i>Andere (Others)</i>		15	0	2	0	17	5,0
Gesamt		271 *	15	60	10	341 *	100

Quelle: The Herald, November 2002

* Ergebnisse der Nachwahl eines Wahlkreises in Balochistan lag nicht vor, Gesamtsumme: 272 bzw. 342.



Frau an der Wahlurne (Foto: Jorge Scholz)

Eine Überraschung war diese Aufteilung trotz einiger unerwarteter Detailergebnisse im Grunde nicht, nicht einmal das gute Abschneiden der Islamisten. Doch die bestürzten, schockierten und gar hysterischen Kommentare überschlugen sich fast. Vor allem einige westliche und indische Medien sahen bereits eine islamische Revolution im Nordwesten Pakistans ausbrechen und die totgesagten Taliban nun im südlichen Nachbarland wiederauferstehen. Fast verwunderte da die moderate, zurückhaltende Reaktion, die aus Washington kam. Die Amerikaner, zumindest die offiziellen Vertreter der Bush-Administration, stimmten in das Wehgeschrei nämlich nicht mit ein. Geradezu sachlich-emotionslos wurde den Pakistanis und der Regierung in Islamabad (und damit General Musharraf im Präsidentenamt) zu einem „wichtigen Schritt auf dem Pfad zur Demokratie“ gratuliert. Wohl war in etwas späteren Statements von einer gewissen „Sorge“ die Rede, was den Erfolg der MMA angeht. Das war aber auch schon alles - die US-Führung war sich sehr deutlich be-

wußt, welche verheerende Auswirkungen unbedachte, vorschnelle Äußerungen und Urteile haben mögen. Schließlich handelt es sich im Falle Pakistans um ihren wichtigsten Verbündeten der internationalen „Anti-Terror-Allianz“ in der Region.

Keine zweiten Taliban

Wer ist diese MMA, die da scheinbar fast aus dem Nichts auftauchend zur dritten Kraft wurde? Diese Frage stellten sich ausländische Analysten, nachdem der erste Schreck verraucht war. Eine zweite Talibanbewegung ist die Allianz mitnichten, vor allem aber, auch entgegen der aktuellen Wahrnehmung, keinesfalls ein homogener Block. Fundamentalistische Mullahs finden sich in ihren Reihen ebenso wie fromme Konservative bürgerlicher Herkunft, die noch bei den vorherigen Wahlen in ganz anderen Formationen beheimatet waren, teilweise sogar Regierungspositionen innehatten. Der Erfolg, den ein solcher Bund schließlich erreichte, basierte im wesentlichen auf drei zentralen Punkten. Erstens hatten die

Vertreter der MMA ganz deutlich von der anti-amerikanischen Stimmung im Land, vor allem in den grenznahen Regionen zu Afghanistan, profitieren können. Qazi Hussain Ahmad, Vizepräsident und wichtigstes offizielles Sprachrohr der Allianz, räumte dies in seinen Interviews selbst offenherzig ein.

Der Afghanistanfeldzug der USA hatte den Religiösen einen Zulauf beschert, wie sie ihn sich vorher wohl selbst nicht vorzustellen gewagt hätten. Der Blick auf die MMA-Hochburgen verrät dies deutlich. In der North-West Frontier Province (NWFP) und Balochistan konnten die Mitgliedsparteien die größte Ernte einfahren. Dort leben nicht nur die Paschtunen, die vielfach sogar verwandtschaftliche Beziehungen über die Grenze, zumindest aber eine enge innere Verbindung mit der paschtunischen Mehrheitsbevölkerung in Afghanistan, haben, die die Taliban zuvor am stärksten unterstützten und sich nun von der tadjikisch dominierten Übergangsregierung in Kabul unter Präsident Hamid Karzai (noch dazu einer Administration von Gnaden der Amerikaner)

Tabelle 2: *National Assembly*
– Verteilung der Mandate nach Parteien und Provinzen bzw. Regionen

Parteien	Punjab	Sindh	NWFP	Balochistan	FATA	Islamabad	Summe
PML-QA	68	4	4	2	0	0	78
PPPP	34	27	0		0	1	62
MMA	3	6	29	6	0	1	45
PML-N	14	0	0	0	0	0	15
NA	7	5	0	1	0	0	13
MQM	0	13	0	0	0	0	13
Unabhg.	16	1	0	1	12	0	30
Andere	6	5	2	2	0	0	15
Gesamt	148	61	35	13 *	12	2	271 *

NWFP: North-West Frontier Province

FATA: Federally Administered Areas (Tribal Areas)

Quelle: The Herald, November 2002

* Ergebnisse der Nachwahl eines Wahlkreises in Balochistan lag nicht vor, Gesamtsumme: 13 bzw. 272.

nicht repräsentiert fühlen. Auch andere ethnische Gruppen haben in den vergangenen Monaten ihre Solidarität mit den Nachbarn unter Beweis gestellt und das Agieren der USA scharf verurteilt. Unfreiwillig, zumindest in diesem Punkt, hat Musharraf selbst zum Erstarken der islamistischen Bewegung beigetragen, als er seine und Pakistans Unterstützung für die Amerikaner in deren „Anti-Terror-Krieg“ bekundete. Dem vormaligen Putschisten, nunmehr im Präsidentenamt, blieb gar nichts anderes übrig: Pakistan als wichtigster Verbündeter des Taliban-Regimes, das hier seine größte diplomatische Vertretung unterhielt (neben den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien), war ohnehin schon verdächtig, terroristische Aktivitäten zu fördern. Eine Neutralität auf den Ruf der USA hin hätte zur Folge gehabt, selbst als Terrorstaat gebrandmarkt zu werden. Trotz aller offiziellen Bekundungen und Werbebotschaften wußten die Regierenden in Islamabad aber sehr wohl, daß sie mit ihrer Notentscheidung zur Solidarität mit der Supermacht im Land selbst keine Mehrheit hatten.

Der zweite Grund ist das erstmalige gemeinsame Auftreten des religiösen Lagers, das eine völlig neue Qualität darstellt. Getrennt angetreten, waren Jamaat-e-Islami (JI) und Jamiat-e-Ulema-e-Islam (JUI) nie über insgesamt ein Dutzend Sitze hinausgekommen. 1997 hatte sich ihre

Präsenz in der Nationalversammlung sogar gegenüber dem vorigen Mal nochmals auf lediglich vier Mandate halbiert (mehrere islamistische Parteien boykottierten die Wahlen von 1997; Anm. d. Red.). Mit nunmehr 45 haben sie diese Zahl mehr als verzehnfacht - zu danken nicht zuletzt dem Umstand, daß der interne Machtkampf auf Eis gelegt und ein Bündnis geschmiedet wurde, in das zudem vier kleinere Parteien einbezogen wurden. Es gab keinen (öffentlichen) Streit um die Auswahl der gemeinsamen Kandidaten für die Wahlkreise und mit ausgeprägtem Fingerspitzengefühl wurde darauf geachtet, die aussichtsstärksten Bewerber aufzustellen, anstatt nur auf Proporz zu achten.

Dritter Mosaikstein des Erfolgs schließlich ist die Unterstützung der anderen politischen Kräfte. Beide Lager, das regimetreue wie auch die sogenannten Demokraten von PPP und PML-N, haben auf ihre Weise nicht ganz unwesentlich mit zu diesem Ergebnis beigetragen. Für Musharraf, wengleich sich des Spiels mit dem Feuer bewußt, war die MMA eine willkommene Möglichkeit, eine Konkurrenz für seine Gegner heranzuziehen. Böse Zungen behaupten gar, er habe beim Zustandekommen der Allianz persönlich seine Finger im Spiel gehabt - auszuschließen ist dies nicht. Zumindest aber unterstützte die Staatsmaschinerie einige religiöse Kandidaten dort, wo die regimetreuen Kräfte selbst relativ aussichtslos

waren. Die Islamisten sind gewissermaßen der lachende Dritte: Sie haben in doppelter Weise profitiert und sind von einem scheinbaren Spielball im politischen Machtpoker zu einflußreichen Akteuren herangereift. So wie Musharraf und sein Ziehkind, die PML-Q, darauf bauten, mit der MMA den Demokraten Stimmen streitig zu machen, hofften PPP und PML-N, durch vereinzelte Wahlkreisabsprachen mit den Religiösen die regimetreuen Kräfte in ihren Chancen zu schmälern. Die Islamisten kehrten den Spieß um, schlugen sowohl aus dem Antiamerikanismus als auch aus ihrer Kritik an der alten korrupten Elite Kapital. Und sie füllten ein Vakuum, das Musharraf mit dem Ausschluß zahlreicher etablierter Politiker vor der Wahl geschaffen hatte.

Die MMA - das muß das Establishment zur Kenntnis nehmen - ist keine mächtige Regionalpartei, die sich allein auf die NWFP reduzieren ließe. Auch wenn sie dort ihr stärkste Bastion hat und auf Provinzebene mit 52 von 99 Mandaten sogar allein regieren kann, ist sie auch landesweit als Volkspartei anzusehen. Die Erfolge, die die MMA in den urbanen Zentren einfahren konnte, zeigen dies deutlich: Einer der beiden Sitze, über die in der Hauptstadt Islamabad entschieden wurde, ging ebenso an die Allianz wie weitere in Lahore und Hyderabad. Auch in der Millionenmetropole Karachi lehrten die Islamisten den großen Parteien

PPP und MQM in ihrer eigenen Hochburg das Fürchten.

Träger Wahlkampf und Grußadressen aus dem Exil

41,8 Prozent der Wahlberechtigten - so die offizielle Zahl der Pakistanischen Wahlkommission - machten von ihrem

potentiellen Erstwähler, blieb der Urne fern, obgleich er sich als politisch sehr interessiert bezeichnet. „Demokratie gab es doch bei uns noch nie“, meint er und gibt sogar versteckte Sympathien für Musharrafs Machtübernahme vor drei Jahren zu erkennen.

Der Wahlkampf verlief eher schleppend; das einzige Thema, das wirklich dis-

wo PPP-Vorsitzende Benazir Bhutto und MQM-Anführer Altaf Hussain Zuflucht gefunden haben, und Saudi-Arabien, wohin Musharraf nach seinem Putsch den von ihm entmachteten Nawaz Sharif hatte ziehen lassen, waren die Ausgangsorte von Videoansprachen oder Parolen via Telefon.

Vor allem die früheren Regierungspar-



Wahlbüro (Foto: Jorge Scholz)

Stimmrecht Gebrauch. Damit lag die Beteiligung sogar knapp über der von 1997. Allerdings war es ausgesprochen wenig dafür, daß mit diesem Urnengang Pakistan nach drei Jahren wieder auf den Weg der Demokratie zurückgebracht werden sollte. Von Enthusiasmus aber kaum eine Spur - wer nicht zu den hartgesottenen Unterstützern eines speziellen Lagers gehörte, zeigte sich deutlich unentschlossen, mitunter gar eindeutig desinteressiert. „Eine echte Entscheidung ist das doch sowieso nicht“, sagt Raju, ein kleiner Geschäftsmann, auf der Zugfahrt von Karachi nach Lahore. Auf der einen Seite die Militärs, auf der anderen die alte korrupte Elite, fügt er im Stillen hinzu. Auch der 18-jährige Asif, einer der zahlreichen

kutiert wurde, war die entscheidende Frage nach dem „Wie“ eines demokratischen Neuanfangs mit all den auf ihn und seinen Machterhalt abgestimmten Ergänzungen, die Musharraf der Verfassung teils in letzter Minute noch verpaßt hatte. Natürlich wurden auch ländliche Entwicklung und jede Menge Jobs für die arbeitslosen Städter versprochen, doch an konkreten Konzepten bestand ebenso Mangelware, wie es an der Ernsthaftigkeit der Beschäftigung mit solchen aktuellen Problemen der einfachen Bevölkerung fehlte. Einzigartig machte diesen Wahlkampf allerdings das Fehlen der politischen Führer - die Chefs sowohl von PPP als auch PML-N und MQM versahen ihr Wahlvolk mit Grußadressen aus dem Exil. London,

teien PPP und PML-N waren es denn auch, die am stärksten unter dem Fernbleiben vieler Wähler zu leiden hatten. Die MMA wiederum, und teilweise auch die regimetreuen Kräfte, profitierten davon. Insbesondere die PML-N mußte einen beispiellosen Einbruch hinnehmen. In ihrer einstigen Hochburg, dem mittleren Punjab einschließlich Lahore, blieben die Anhänger in Scharen zu Hause. Daß es eine Anti-Establishment- mehr als eine regimetreue Wahl war, zeigt auch die Tatsache, daß etliche renommierte Führungspersonlichkeiten aus den mächtigen Familien des Landes von den Wählern in die Wüste geschickt wurden. Sogar selbst dann, wenn sie ihr Fähnlein nach dem Wind gedreht und sich der PML-Q

angeschlossen hatten. 17 der einflußreichsten Clans sind überhaupt nicht mehr in Nationalversammlung oder Provinzparlamenten vertreten.

Staatliche Einflußnahme

„Wahlbetrug“ - mit diesem Vorwurf waren vor allem die exilierten Parteiführer von PPP, PML-N und MQM schnell bei der Hand. Doch auch wenn solcherlei Äußerungen von einzelnen unterlegenen Kandidaten (übrigens nahezu aller Parteien einschließlich der regimetreuen Formationen PML-QA und National Alliance) immer wieder auftauchten, zügelten die anderen Vertreter des demokratischen Lagers mit Ausnahme der PML-N nach wenigen Tagen ihre Emotionen. Denn der Beweis für direkte Wahlfälschung konnte bisher nicht erbracht werden. Anders sieht es mit der indirekten Beeinflussung aus, die zweifelsfrei stattgefunden hat. Denn anders als die Amerikaner, die ihrem Verbündeten Musharraf den Rücken stärkten, ließ die EU-Wahlbeobachterkommission unter John Cushman ihrer Kritik freien Lauf. Insbesondere die Unterstützung, die prominente Vertreter der regimetreuen Parteien PML-QA und NA durch diverse staatliche Stellen erfahren hatten (in vielen Fällen sogar recht offensichtlich), der Ausschluß zahlreicher potentieller Kandidaten durch maßgeschneiderte Gesetze und die stellenweise Behinderung der Oppositionsparteien in ihrem Wahlkampf wurden angeprangert. Relativ unstrittig ist auch, daß das staatliche Fernsehen eben nicht Chancengleichheit wahrte, sondern eindeutig als Propagandamaschinerie für Musharraf und seine Ziehkinder der PML-Q erhalten mußte.

Der Präsident wies die Auflistungen der Europäer barsch zurück - insbesondere die Kritik an seinem eigenen Festhalten an der Macht durch das Referendum im Mai und die Einführung von Institutionen wie dem Nationalen Sicherheitsrat (NSC) - und verbat sich sichtlich verärgert solche „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Pakistans“. Verwundert mußte die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen, daß Pervez Musharraf, der sonst eher für ausgewogene Worte bekannt ist, solcherart unkanalisiert seinem Frust freien Lauf ließ. Es mag zeigen, wie viel ihm daran gelegen war, „seine Wahlen“ nach

außen und innen hin als demokratisch zu verkaufen. Doch selbst wer den Europäern nicht glauben mochte, dürfte spätestens mit dem Gleichklang aufgerüttelt worden sein, den ähnliche Berichte diverser Menschenrechtsgruppen zu den EU-Beobachtungen aufwiesen. Denn auch Organisationen wie Human Rights Watch (HRW) und die Human Rights Commission of Pakistan (HRCP) übten harsche Kritik.

Hüter des reinen Islam

Zwischen Drohung und Beschwichtigung schwankte die Taktik der Islamisten in den ersten Wochen nach der Wahl, als hektisch um eine Regierungsbildung verhandelt wurde. Manchmal schien es, als wollten die MMA-Vertreter austesten, wie weit sie in ihren Äußerungen gehen können, dann wieder machte es den Eindruck, als könne die moderate Hauptströmung einige weitaus radikalere Elemente nicht im Zaum halten. Selbst von den Parteiführern Shah Ahmed Noorani, Maulana Fazl-ur Rahman und Qazi Hussain Ahmad kamen widersprüchliche Aussagen. Qazi Hussain Ahmad war es zum Beispiel, der vor einem „Aufstand des Volkes“ warnte, sollte der MMA der Zugang zur Macht verwehrt werden. Nach ihrem Erfolg bei der Wahl hätten die Religiösen ein Recht, in der Regierung zu sitzen. Und prompt wurde sogar ein eigener Kandidat für das Amt des Premierministers aufgestellt. Daß es sich dabei um Maulana Fazl-ur Rahman handelte, löste einen neuen Entrüstungssturm aus - gilt der JUI-Chef doch als besonders enger Verbündeter der Taliban und einer ihrer geistigen Väter.

Die MMA habe nicht vor, die Berufstätigkeit der Frauen abzuschaffen, hatten die Allianzführer mehrfach verkündet. Und ihre Idee, eine MMA-Frauenorganisation aufzubauen, stieß in den eigenen Reihen zunächst auf weitverbreitetes Unverständnis bis Ablehnung. Erst als klar war, daß es nur darum ging, in einem sehr begrenzten Rahmen das weibliche „Fußvolk“ besser zu organisieren, zog die Basis mit. Ansonsten ließen mehrere Vertreter aus der zweiten und dritten Reihe bei Interviews ihrer Überzeugung freien Lauf, daß der richtige Platz der Frau eben zu Hause am Herd und nicht etwa

im Büro sei; islamische Frauen müßten wieder „auf den Pfad der Tugend“ zurückgeführt, schädlicher westlicher Einfluß, „der die Würde der Frau untergräbt“, zurückgedrängt werden.

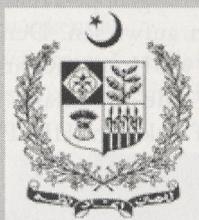
Daß es die MMA dabei auch auf die Medien abgesehen hat, war schnell klar. Kaum eine Woche dauerte es, bis die Anbieter von Kabelfernsehen in deutliche Angst gerieten, bald ihre Firmen stilllegen zu müssen. Erst unter Musharraf war dieser Mediensektor privatisiert worden, und an die zwei Millionen Pakistanis haben seither auch Zugang zu Sendern wie den Nachrichtenkanälen CNN und BBC oder dem Hollywood-Filmkanal HBO, in dem amerikanische Kinostreifen gezeigt werden. Zwar bestehen auch jetzt noch einige Einschränkungen, was den islamischen Sittenkodex angeht, doch hatte das bislang wenig Einfluß. Die Zensur war minimal. Das könnte sich nun schnell ändern, befürchten nicht nur die Betroffenen. Daß Nachrichtensprecherinnen künftig im Tschador auftreten, ist zwar eine Übertreibung, macht aber die Zielrichtung der MMA-Intentionen deutlich. Die strikte Durchsetzung islamischer Rechtsvorschriften wurde als zweiter zentraler Punkt genannt, was wiederum die Befürchtung nährt, daß der unsägliche Blasphemieparagraph im Strafrecht (unter demokratischen Regierungen eingeführt und auch später nicht aufgehoben) noch mehr als bisher angewandt und mißbraucht werden könnte, um mißliebige Personen auszuschalten. Wer der Gotteslästerung erst einmal angeklagt ist, darf gewiß sein, sich aus dieser Schlinge kaum mehr befreien zu können. **D**

Tabelle 3: *National Assembly* – Wahlbeteiligung in Prozent der abgegebenen Stimmen

Provinz / Region / Extremwerte	Wahlbeteiligung, %
<i>Punjab</i>	46,3
<i>Sindh</i>	38,2
<i>NWFP</i>	34,6
<i>Balochistan</i>	28,5
<i>FATA</i>	25,5
<i>Islamabad</i>	51,2
Gesamt	41,8
<i>Minimum</i>	29,2
<i>Maximum</i>	90,1

Quelle: Election Commission. 15.10.2002, vorläufige Ergebnisse
The Herald, November 2002.

Kabinettsliste der neuen Regierung Pakistans



Präsident:	General Pervaiz Musharraf
Premierminister:	Mir Zafarullah Khan Jamali
Minister:	
Commerce:	Humayun Akhtar Khan
Defence:	Rao Sikandar Iqbal
Education:	Zubaida Jalal
Finance & Economic Affairs:	Shaukat Aziz
Food & Agriculture:	Sardar Yar Muhammad Rind
Foreign Affairs:	Mian Khurshid Mehmood Kasuri
Health:	Muhammad Naseer Khan
Information & Media Development:	Sheikh Rasheed Ahmed
Industries & Production:	Liaquat Jatoi
Information Technology & Telecommunications:	Awais Ahmed Khan Leghari
Interior & Narcotics:	Makhdoom Syed Faisal Saleh Hayat
Kashmir, Northern Areas, State & Frontier Regions:	<i>(nicht besetzt)</i>
Law, Justice & Human Rights:	Sharif-ud-Din Pirzada
Labour, Manpower & Overseas Pakistanis:	Abdul Sattar Lalika
Petroleum & Natural Resources:	Naurez Shakoor
Railways:	Ghous Buksh Mehar
Religious Affairs:	<i>(nicht besetzt)</i>
Sports, Culture, Minorities & Youth:	<i>(nicht besetzt)</i>
Water & Power:	Aftab Ahmed Khan Sherpao
Women, Social Welfare & Special Education:	Nilofar Bukhtiar („adviser“)

J. Scholz; Dezember 2002
(Quelle: Govt. of Pakistan)

Ergebnisse der Wahlen vom 10.10.2002

Abbildung 1: *National Assembly*

Quelle: The Herald, November 2002, vgl. Tab. 1

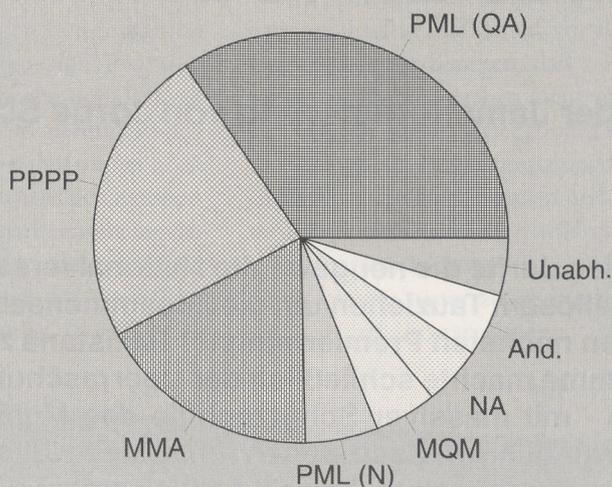
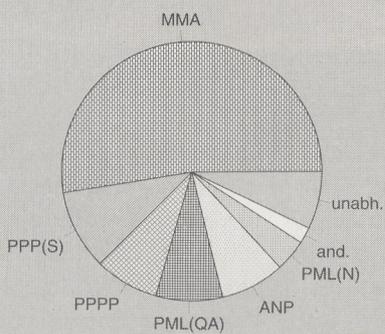


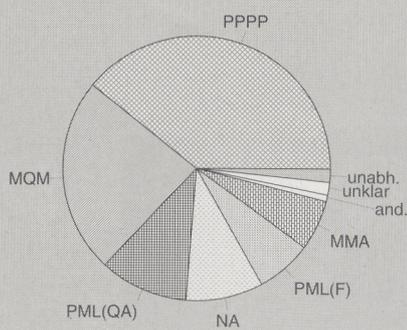
Abbildung 2: *Provincial Assemblies*

Quelle: The Herald, November 2002, vgl. Tab. 4

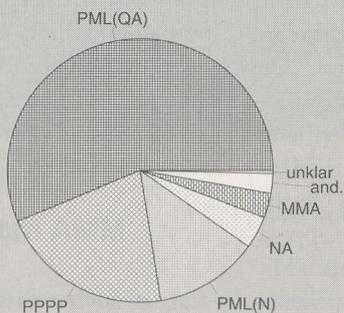
a) NWFP



b) Sindh



c) Punjab



d) Balochistan

